

## Ruanda

**Bonn prüfte  
GSG-9-Einsatz**

Die Bundesregierung hat vorige Woche geprüft, ob sie in Ruanda festsetzende Deutsche mit eigenen Truppen befreien kann. In der Hauptstadt Kigali waren elf Bundesbürger, Mitarbeiter der Deutschen Welle und deren Familienangehörige, in einer Relaisstation des Senders eingeschlossen. Ihr Leben war durch marodierende Banden bedroht (siehe Seite 140). Das Auswärtige Amt ließ den Einsatz der Bundeswehr und der Grenzschutztruppe GSG 9 prüfen. Zugleich bat Außenminister Klaus Kinkel (FDP) Uno-Generalsekretär Butros Butros Ghali, der gerade in Bonn zu Besuch war, um Hilfe für die Deutschen. Nachdem der Uno-Chef Unterstützung zugesagt hatte, wurden die Einsatzüberlegungen im Auswärtigen Amt abgebrochen. Belgische Fallschirmjäger brachten die Eingeschlossenen in Sicherheit. Die Deutschen flogen anschließend nach Nairobi.

## Sachsen

**Falsch  
gerechnet**

Der Entscheidung über den Bau der Autobahn Dresden-Prag liegen fehlerhafte Kostenkalkulationen zugrunde. Neue Berechnungen der Bürgerinitiative Netzwerk Autobahn sorgen in der sächsischen Landesregierung für Aufregung. Danach würde die von Wirtschafts- und Verkehrsminister Kajo Schommer (CDU) bevorzugte Dresden-Trasse statt 1,35 Milliarden Mark fast 2 Milliarden Mark kosten. Die von Umweltschützern als ökologisch am verträglichsten bezeichnete Erzgebirgs-Trasse bei Freiberg käme dagegen nur auf 1,25 Milliarden Mark und nicht wie bisher angenommen auf 1,6 Milliarden. Umweltstaatssekretär Dieter Reinfried (CDU) beurteilt die Berechnungen der Bürgerinitiative als „seriös und brisant“.



Zerstörte Haftanstalt Weiterstadt

*Terrorismus***Neuer RAF-Verdacht**

Der Verfassungsschutz-Spitzel Klaus Steinmetz, der die Sicherheitsbehörden auf die Spur der mutmaßlichen Terroristen Birgit Hogefeld und Wolfgang Grams brachte und damit den Polizeieinsatz von Bad Kleinen auslöste, steht im Verdacht, er sei womöglich doch an Verbrechen der Roten Armee Fraktion (RAF) beteiligt gewesen. Im Februar und März wurden zwei Fahrzeuge sichergestellt, die früher auf Steinmetz zugelassen waren: ein Personenwagen der Marke Honda Civic und ein Motorrad des Typs Suzuki 750. Beide Fahrzeuge hat laut Bundesanwaltschaft möglicherweise die RAF bei Anschlägen eingesetzt.

Das Motorrad könnte nach Erkenntnissen der hessischen Polizei bei sechs Banküber-



Steinmetz (1992)

fällen zur Flucht benutzt worden sein. Im Auto fanden Fahnder Spuren des Sprengstoffbestandteils Nitropenta, unter anderem an zurückgelassenen Handschuhen. Solche Spuren fanden Ermittler auch nach der Sprengung des Gefängnisneubaus von Weiterstadt bei Darmstadt im März 1993, zu der sich die RAF bekannt hat.

Steinmetz hatte zunächst gegenüber dem Verfassungsschutz behauptet, Mitwisser des Anschlags auf das Gefängnis gewesen zu sein. Später rückte er jedoch von der Selbstbezeichnung wieder ab und präsentierte ein Alibi. Weil die Behörden nicht wissen, welche seiner Versionen stimmt, gibt es derzeit umfangreiche Überprüfungen. So wurde festgestellt, daß Speichelspuren an Zigarettenskippen, die im Steinmetz-Auto gefunden wurden, mit den Spuren an Kippen übereinstimmen, die im Fall Weiterstadt sicher gestellt wurden. Ob die Stummel tatsächlich vom V-Mann stammen, wollen Kriminalisten nun durch Erstellung eines sogenannten genetischen Fingerabdrucks klären. Die dazu notwendige Blutprobe liegt vor: Steinmetz hatte sich vor einiger Zeit freiwillig Blut abzapfen lassen, weil er glaubte, er habe als Zeuge nichts zu befürchten.

Weil Auto und Motorrad vor und nach der Aktion in Bad Kleinen von zahlreichen Mitgliedern der autonomen Szene gefahren wurden, richtet sich ein neues Ermittlungsverfahren der Bundesanwaltschaft derzeit noch gegen Unbekannt. Ex-V-Mann Steinmetz lebt mit einer neuen Identität an einem unbekanntem Ort.

*Leunawerke***Überprüfung  
verschoben**

Der Treuhand-Untersuchungsausschuß des Bundestags wird Akten und Vertragswerk über die Privatisierungsbemühungen für den ostdeutschen Chemie-Standort Leuna vorerst nicht zu sehen bekommen. Treuhand-Direktor Wolfgang Vehse bat die Abgeordneten in geheimer Sitzung um Aufschub der Akten-Überprüfung. Die Neuordnung der Besitzverhältnisse mit dem französischen Mineralölkonzern Elf Aquitaine sei zwar gesichert, unter den notwendigen Regierungsabkommen fehlten aber noch immer die Unterschriften. Auch die Vorbereitungen

für einen imagefördernden „symbolischen Akt“ des Kanzlers seien noch nicht abgeschlossen. Über die Mitwirkung Kohls gibt es zwar feste Vorstellungen, aber bislang fehlt noch ein Termin. Noch

im Mai, rechtzeitig vor der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt am 26. Juni, möchte Kohl zusammen mit dem französischen Premier Edouard Balladur zu einem „ersten Spatenstich“ in Leuna erscheinen.



Leunawerk